



Gemäßregelnunterstützung	5 468,01 Mk.
Rechtsschutz	2 942,31 "
Umzugskosten	19 845,16 "
Reiseunterstützung	25 012,71 "
Arbeitslosenunterstützung	142 338,49 "
Krankengeld (inkl. Lehrlinge)	195 950,00 "
Invalidentunterstützung	91 041,10 "
Witwenunterstützung	49 195,66 "
Sterbecelder (inkl. Lehrlinge)	15 260,95 "
<b>Gesamtunterstützungssumme:</b>	<b>547 054,39 Mk.</b>

Es wurden also weit über eine halbe Million Mark für die verschiedensten und mannigfachen Unterstützungen verausgabt, wobei die Unterstützung an Streikende und Ausgesperrte noch nicht mit eingerechnet ist. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache von dem Werte des Verbandes.

Die Wirksamkeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war im Jahre 1912, das Ende Januar den Abschluß des größten Kampfes, der im Lithographie- und Steindruckgewerbe bisher zu verzeichnen war, sowie im September die Erneuerung des Formstechertarifs gebracht hat, hauptsächlich darauf gerichtet, die mit dem Schutzverbände abgeschlossenen Vereinbarungen auch in den Nichtschutzverbandsbetrieben und den Formstechertarif in den nichttariftreuen Anstalten zur Geltung zu bringen. Über die zahlreichen Firmen-, Orts- und Bezirkstarife sowie die sonstigen Verbesserungen, die bei dieser Wirksamkeit durchgeführt wurden, werden wir berichten, sobald die allgemeine Statistik über die Lohnbewegungen und Kämpfe im Jahre 1912 abgeschlossen vorliegt.

## Rundschau.

**Unzeitgemäße Angebote.** Die Firma Paul Oese, Lithographische Anstalt, Buch- und Steindruckerei, Erste Spezialfabrik für Tabakpackungen, Lesum bei Bremen, sucht einen Steindrucker, und zwar kommt es ihr nach ihren uns vorliegenden Briefen hauptsächlich darauf an, einen fleißigen und dabei im Umdruck tüchtigen Steindrucker zu erhalten, der auch an der Maschine arbeiten kann und vorsichtig damit umgeht, damit keine Reparaturen entstehen. Herr Oese macht ferner ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ich keinen Gehilfen engagiere, der starke Schweißhände hat, wodurch die Maschine leidet. Endlich liegt Herrn Oese daran, einen Gehilfen zu haben, der auch seine Pflicht tut, wenn ich nicht da bin. — Für die von ihm verlangte Universalkraft für Umdruck und Maschine bietet nun Herr Oese den fürstlichen Lohn von — 22 (zweiundzwanzig) Mark wöchentlich. Tröstend bemerkt er zu diesem Angebot: »Sind Sie aber in jeder Weise tüchtig und bestrebt, daß auch etwas fertig wird, so bin ich durchaus nicht abgeneigt, Ihnen Zulage zu bewilligen.« Ob diese Zulage 25 oder vielleicht gar 50 Pf. für die Woche betragen wird, verrät Herr Oese leider noch nicht. Dafür erklärt er sich in entgegenkommender Weise bereit, Festtage nur zur Hälfte zu bezahlen. Wie lange der Gehilfe für seine 22 Mark Wochenlohn täglich arbeiten darf, ist aus den Briefen des Herrn Oese leider auch nicht zu ersehen. — Es genügt wohl, dieses Stellenangebot, das nicht etwa aus dem Jahre 1903 datiert, sondern vom Juni 1913, tiefer zu hängen, um zu veranlassen, daß Herr Oese von Arbeitskräften ohne Schweißhände geradezu überlaufen wird, die sich nach seinen Lesumer Fleischstücken sehnen.

**Vom Arbeiter zum Hochschullehrer.** Durch die bürgerliche Presse läuft unter dieser Spitzmarke folgende Notiz: Franz Havelka aus Jena arbeitete früher als Lithograph in der Blechemballagenfabrik in Jena, besuchte später die Kunstgewerbeschule in Barmen und die königl. Akademie in Leipzig, in der er dank verschiedener Schriften über Ornamentik und Kunstschutz als Assistent angestellt wurde. Seine hervorragenden Arbeiten auf dem Gebiet des Reproduktionsverfahrens und der Kunstschrift verschafften ihm jetzt einen Ruf als Professor. — Man liest mit Vergnügen die Meldung bis dahin und fragt erstaunt, wo dieser weiße Rabe nun wirkt. Mit Erstaunen erfährt man: am Polytechnikum in Tomsk (Sibirien).

**Größenwahn!** Das Blättchen des graphischen Zentrumsverbändchens, der in unheilbarem Größenwahn als »Graphischer Zentralverband« firmiert, bringt in seiner letzten Nummer einige Angaben über die Entwicklung unserer Lehrlingsabteilung, die allein viel mehr Mitglieder zählt als der ganze christliche »Graphische Zentralverband«, und bemerkt dazu: »Ähnlich wie hier im Lithographie- und Steindruckgewerbe wird auch in den übrigen Berufen von sozialdemokratischer Seite gearbeitet. Woraus die Tatsache sich ergibt, daß für die erwerbstätige Jugend der Schutz auf der Arbeitsstätte die dringlichste Notwendigkeit ist. Dieser Schutz kann aber

nur durch einflußreiche wirtschaftliche Organisationen gewährleistet werden, die ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Bewegung bilden können. Das vermögen nur die christlichen Gewerkschaften, auf die unsere Arbeiterjugend frühzeitig hingewiesen werden muß.« Das völlig bedeutungslose christliche Verbändchen eine »einflußreiche wirtschaftliche Organisation«! Höher gehts nimmer. Gegen diesen Größenwahn hilft auch die Kur in einer Kaltwasserheilstadt nicht mehr.

**Klosetordnung für weibliche Angestellte!** Ein tolles Stück der Angestelltenklaverei gibt die »Buchbinder-Ztg.« bekannt. In Hagen i. W. gibt es eine Firma Schlegel & von der Heyden, die mit sehr arbeitswilligen »Angestellten« arbeitet. Als vor einiger Zeit die organisierte Arbeiterschaft bei dieser Firma streikte und den Betrieb verließ, blieben die Arbeiterinnen in banger Furcht zurück und halfen durch Überarbeit den Schaden wieder gutmachen, den die Firma durch den Streik erlitt. Den Dank für diese Hilfe erstattet die Firma nun nachträglich durch folgenden Ukas am schwarzen Brett des Betriebes: »Bekanntmachung! Bei Benutzung des Klosetts haben die weiblichen Angestellten sich anzubemühen, und zwar in der Druckerei bei Herrn Bopp, in der Liniererei bei Herrn Diehl, in der Heferei und Falzerei bei Herrn Meister Jostmann, in der Buchbindererei bei Herrn Meister Becker. Bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften werden Strafen bis zu 1 Mark für jeden einzelnen Fall verhängt. Diese Maßnahme ist wegen Beschwerde eingeführt. Schlegel & von der Heyden.« — Dieser Ukas, der nicht nur gegen Anstand und Sitte, sondern auch direkt gegen das Gesetz verstößt, ist tatsächlich zum Aushang gekommen, und die Klosett-aufseher, Pardon: Meister, sind angewiesen, mit aller Strenge auf die Durchführung zu achten. Es sollen auch schon Bestrafungen vorgekommen sein!

**Geschäftsergebnisse.** Die Kunst- und Verlagsanstalt Schaar & Dalhe, K.-G. a. Akt. in Trier schloß das am 31. Dezember 1912 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlustvortrag von 65193 Mark. Das Aktienkapital beträgt 1000000 Mark.

**Ein Werftarbeiterstreik ist in Hamburg ausgebrochen.** Es wird nur noch in kleineren Reparaturwerkstätten gearbeitet, doch liefern diese Betriebe keine Streikarbeit. Interessant ist es, daß auf der Werft von Blohm & Voß auch Gelbe die Arbeit niedergelegt haben. Eine Anzahl in den gelben Gewerkschaften organisierte Arbeiter verließ indessen auf der Arbeitsstelle, aber die Firma dankte bestens und schickte auch sie nach Hause. In ganz geringem Umfange wird allerdings noch bei Blohm & Voß gearbeitet, es sind dies aber Meister, Lehrlinge und alte Leute über 60 Jahre, die die aller-erforderlichsten Arbeiten fertigstellen. Diese sind natürlich für den Streik völlig belanglos. Im Schiffsverkehr machen sich bereits Störungen bemerkbar, weil auch die notwendigsten Arbeiten in Hamburg nicht mehr ausgeführt werden können. Der Kampf greift auch bereits auf andere deutsche Hafenstädte über. Verhandlungen zwischen den Vertretern der Werftbesitzer und der Werftarbeiter sind bereits im Gange.

**Streikjustiz!** In Nr. 24 berichteten wir, daß kürzlich in Frauendorf bei Stettin ein Streikender von einem Streikbrecher erstochen wurde. Kurz nach seiner Verhaftung wurde jedoch der Mörder wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er behauptete, nur aus Notwehr gehandelt zu haben. Ein Gegenstück zu diesem Falle hat sich nun in Stolp abgespielt, wo aber kein Arbeitswilliger, sondern ein Streikender in Frage kommt. Zwei Maurer hatten sich dort vor dem Schwurgericht wegen angeblicher Gewalttätigkeiten gegen die Polizei bei einem Streikbrechertransporte zu verantworten. Einer von ihnen, namens Bauske, soll mit einer Flasche nach einem Polizisten geworfen haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß ein Irrtum hinsichtlich des eigentlichen Täters vorliegen muß; aber die Staatsanwaltschaft hatte noch einen Zeugen, der jedoch zur Verhandlung nicht erschienen war, und gerade auf diesen Zeugen wollte sie nicht verzichten. Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode im Oktober d. J. zu vertagen. Bis dahin sollen aber der Maurer Bauske und der Mitangeklagte in Haft behalten werden. Man beachte: In Stettin handelt es sich um einen arbeitswilligen Totschläger, der doch sicher eine hohe Strafe zu erwarten hat; in Stolp ist ein Streikender angeklagt, dem die ihm zur Last gelegte Tat nicht nachgewiesen wurde und der deshalb sicher freigesprochen werden muß. Im ersten Falle wird der Arbeitswillige sofort aus der Haft entlassen, im letzteren bleibt der unschuldige Streikende im Gefängnis! Während der Mörder in Stettin nach der Tat sofort auf freien Fuß gesetzt wurde, befindet sich Bauske wegen eines weit geringeren Delikts seit dem 12. Mai d. J. in Haft. Bauske ist verheiratet und Vater von vier kleinen Kindern!

**Mit den Hintzgardisten** machte die Firma »Woi-an-Werke« in Glauchau in Sachsen schlechte Geschäfte. Dort streikten die Metallarbeiter, etwa 90 an der Zahl, und um den Arbeitern ihren Sieg nicht allzu leicht zu machen, hatte sich die Firma einige zwanzig Hintzemänner verschrieben. Wer sie aber als Arbeitswillige bezeichnen wollte, mußte der Wahrheit Gewalt antun. Einer von ihnen hat jüngst aus seiner wahren Gesinnung kein Hehl gemacht: »Ich weiß garnicht, was die Streikenden

gegen uns haben,« sagte er, »wir wollen ja gar nicht arbeiten; das könnten wir anderswo auch. Aber Geld wollen wir verdienen!« Und so verdienen sie sich ihren Judaslohn. Ihre Tätigkeit erstreckte sich vorwiegend auf Singen, Pfeifen, Zigarettenrauchen; einige von ihnen legten sich aufs Dach und machten Sonnenbäder usw. Kürzlich hatten sich am Leipziger Platz mehr als Tausend Neugierige angesammelt, um diese Kolonnen vorbeimarschieren zu sehen. Auf die Bemerkung eines Arbeiters zog einer der Wichte einen Revolver hervor; in der anderen Tasche hatte er einen Gummi knüppel. Jetzt hat die Firma diese »nützlichen Elemente« entlassen, da sie wahrscheinlich einen Wink von der Behörde erhielt oder weil sie den Skandal mit diesem Streikbrechergelichter selbst nicht mehr mit ansehen konnte.

## Aus dem Auslande.

**Holland.** Der Niederländische Verband der Gewerkschaften hat seinen Jahresbericht über 1912 herausgegeben. Danach hat sich die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 52235 auf 61535 gesteigert. 3652 Frauen gehören den Gewerkschaften an. Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 22593 in Amsterdam wohnhaft und mehr als 70 Proz. in den beiden Provinzen Nord- und Süd-Holland, in welchen die drei größten Städte liegen. Das Gesamtvermögen der angeschlossenen Gewerkschaften stiegerte sich von 1,97 auf 2,32 Millionen Gulden. Von den Ausgaben entfielen 169000 Gulden auf Streiks, 14000 Gulden auf Krankenunterstützung, 58000 Gulden auf Arbeitslosenunterstützung. Pro Mitglied betragen die Ausgaben unserer Gewerkschaften 14,78 Gulden pro Jahr, dagegen bei den christlichen nur 5,15 Gulden, bei den katholischen nur 5,25 Gulden, bei den anarchistischen Gewerkschaften gar nur 1,70 Gulden.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 21. Juli 1913.

Reichstagsarbeit. Weder die Mehrheiten im Reichstage. Ankündigung neuer Rüstungsfordernngen. Neuwahlen zum Reichstage. Folgen konservativer Politik. Großmächte und Balkankrieg. Balkanfrage.

Der Reichstag hat seine Pforten geschlossen. Nach monatelanger anstrengender Tätigkeit können sich die Abgeordneten der wohlverdienten Ruhe hingeben, wenn sie nicht ihrem bürgerlichen Berufe nachgehen müssen. Innerhalb 7 Monaten, eingerechnet der mehrmaligen Festunterbrechungen, hat der Reichstag erledigt: den Etat, die Wehrvorlage, den Wehrbeitrag, das Reichsstempelgesetz, Besitzsteuergesetze, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, die Schutzgebietsnovelle über die Redaktionsfähigkeit kolonialer Verleumdungen, den Entwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, die Änderung des Wahlreglements (einheitliche Wahlurnen), den Entwurf über die Zollerleichterung bei der Einfuhr ausländischen Fleisches, die Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums, das Abkommen über ein einheitliches Weltwechsellrecht, einen Entwurf über die Änderung von Reichstagswahlkreisen, verschiedene Nachtragesätze und außer einigen anderen kleinen Gesetzen den Entwurf über den Unterstützungswohnitz in Bayern. Ferner sind in den Kommissionen vorbereitet worden, aber nicht im Plenum zur Erledigung gekommen: das Poststeckgesetz, das Petroleummonopolgesetz, der Entwurf über die Jugendgerichte und das Konkurrenzklausegesetz. Abgelehnt wurde das Kindersaugflaschengesetz. Außerdem standen zur Beratung einige Interpellationen, wenige Initiativtritte und an die 120 Petitionsberichte. Kleine Anfragen gab es 79; Wahlprüfungsberichte blieben 10 unerledigt. Im Mittelpunkt dieser Karte standen natürlich die am Schluß der Tagung erledigten Wehr- und Deckungsvorlagen. Es ist so gekommen, wie wir vor fünf Wochen schrieben: die Regierung hat alles bekommen, was sie verlangt hatte; sogar die drei Kavallerieregimenter wurden ihr in der dritten Lesung noch bewilligt.

Überhaupt befindet sich die Regierung mit dem jetzigen Reichstag in einer außerordentlich günstigen Situation. Sie kann verlangen, was sie will, es wird es ohne Anstrengungen vom Reichstag in den Schoß gelegt bekommen. Die Liberalen sind ob ihrer Stellung als Zünglein an der Wage bei der zur Zeit vorhandenen Parteikonstellation im Reichsparlament so in einen Freudentaumel geraten, daß sie weniger noch wie früher unterscheiden können, was rechts oder links ist. Wies gerade paßt, torkein sie bald herüber, bald hinüber. Will darum die Regierung Wehrvorlagen bewilligt erhalten, so bekommt sie diese immer mit Hilfe der Liberalen, des Zentrums und einiger Konservativen. Beabsichtigt sie die Deckung der dafür notwendigen Ausgaben durch indirekte Steuern vorzunehmen, so kann sie das mit Hilfe der Rechten und der Liberalen erreichen. Bleibt es ihr jedoch, direkte Steuern in der Deckungsvorlage zu fordern, so stimmen Sozialdemokraten, Liberalen und einige Zentrümmer dafür. Das ist ein Zustand, der stark zu denken gibt. Die Regierung hat durch ihn die Möglichkeit, Politik nach eigenem Kopfe zu machen und sich dabei doch immer auf eine Parlamentsmehrheit zu stützen. Mit Demokratie hat das allerdings nichts gemeinsam. Es ist ein Übergangsstadium, das die Arbeiterschaft vor die Frage stellt, ob ihre parlamentarische Vertretung durch Prinzipien- oder Gegenwartspolitik die Entwicklung besser vorwärts treibt.

Es ist darum kein Wunder, daß nicht einmal schüchtern, sondern dreist und gottesfürchtig bereits jetzt schon wieder neue Forderungen für Heer und Marine auftauchen. Das »Berliner Tageblatt« entnimmt der »Militärpolitischen Korrespondenz« eine Notiz, in der es heißt, daß man im Kriegsministerium eifrig mit den Vorarbeiten für eine organisatorische Ausgestaltung unserer verstärkten Rüstung beschäftigt sei. Dabei handele es sich um eine Neu- bzw. Umbewaffnung der Artillerie. Ferner soll im Reichsmarineamt bereits die Vorlage über die Schaffung einer Auslandskreuzerflotte fertig daliegen. Der Wehrverein aber übernimmt die hehre Aufgabe, die öffentliche Meinung zugunsten der neu zu erwartenden Volksschröpfung zu beeinflussen, indem er darauf hinweist, daß die französische Armee nach der nun beschlossenen Einführung der dreijährigen Dienstzeit der deutschen zahlenmäßig überlegen sei. »Aus dieser Tatsache«, heißt es dann, »dürfte sich die unbedingte Pflicht für die verantwortlichen Stellen in Deutschland ergeben, rechtzeitig entsprechende militärische Vorkehrungen zu treffen.« So setzt sich die Treiberei ins Unendliche fort. Durch eine Riesenvorlage steckt man in Deutschland den letzten wehrfähigen Mann in die Kaserne. Frankreich fühlt sich infolgedessen gezwungen, mit der Verlängerung der Dienstzeit die Grenzen seiner Volkskraft zu übersetzen. Und die deutschen Rüstungsfanatiker beuten die Anstrengungen Frankreichs wieder aus, um für eine weitere Aufrüstung mobil zu machen. Daß derartige möglich ist in einer Zeit, in der die »Geschäftstüchtigkeit« deutscher Waffenfabriken am Pranger steht und die Junker durch ihre Abstimmung erneut ihre schützende Hand über die Vermögen halten, zeigt den ganzen Tiefstand des politischen Lebens innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle.

Einige Lichtblicke gewähren allerdings die in der letzten Zeit erfolgten Neuwahlen in Jüterbog-Luckenwalde und Zauderitz, die sich notwendig machten, weil die Mandate der Junker von Kröcher und von Oertzen für ungültig erklärt worden waren. Der von Kröcher wurde von märkischen Kleinbauern mit Hilfe der Sozialdemokraten durch den liberalen Bauernbündler Dr. Böhmke ersetzt. Daß sich die Bauern durch alle konservativen Regiekünste nicht abhalten ließen, Jordan von Kröcher, den ehemaligen preußischen Landtagspräsidenten, unter dessen Präsidium der Hausknechtsparagraf in die Geschäftsordnung des Landtages aufgenommen wurde, über den Jordan zu schicken ist ein Beweis dafür, daß auch die Kleinbauern endlich begreifen lernen, welche grobe Unterschied zwischen ihren Interessen und denen des Großgrundbesitzes besteht, und daß sie vor allen Dingen auch nach dieser Erkenntnis handeln wollen. Ungeachtet dessen, ob sie sich dabei mit den sonst so verhaßten Roten verbinden mußten. Der Freikonservative von Oertzen mußte sogar seinen Platz einem Sozialdemokraten räumen. Obwohl die volksparteiliche Wahlparole an Deutlichkeit alles zu wünschen übrig ließ, ging doch ein Teil der liberalen Wähler mit dem roten Stimmzettel zur Urne, um dem Agrarier zur Niederlage und dem Sozialdemokraten Ewald zum Siege zu verhelfen. Somit zieht der 111. Sozialdemokrat in den Reichstag ein. Aus dem Schnapsblock ist die Nummer 111 entstanden.

Das ist auch ein Erfolg der Politik der Liebesgabenempfänger und Steuerdrückeberger. Jeder ehrliche Freund des Fortschrittes wird darin ein bedeutsames Zeichen für den Rückgang der Junkermacht in Deutschland erkennen. Es ist, wenn auch ein kleiner Fortschritt, der darauf hinweist, daß der sinnwidrige Zustand, ein Industrieleand von einer Agrarierclique regiert zu sehen, seinem Ende naht. Die Finanzreform aus den Taschen des werktätigen Volkes hat dem Faß den Boden ausgeschlagen und die Nachwahlen legen Zeugnis dafür ab, daß die Erregung über den 1909er Raubzug noch immer in den Wählerkreisen anhält. Das zeigte sich übrigens auch in der Weißeimer Nachwahl, wo zwar der Zentrumskandidat wiedergewählt wurde, sich jedoch mit einem Verlust von ca. 3000 Stimmen abfinden mußte, die restlos dem liberalen Bauernbündler zufluten.

Nicht zum wenigsten sind es jedoch auch die weltpolitischen Ereignisse, die das Drängen der Wähler nach links mit veranlassen und zu den Schlappen der Parteien beitragen, denen die Regierungspolitik das A und O aller Politik ist. Die Unfähigkeit der Diplomaten und die Untätigkeit der Großmächte lassen den Balkanwirren freien Lauf. Die kriegführenden Völker sind Agrarstaaten und der Handel mit diesen, der besonders für Industrieleänder Bedeutung hat, stockt seit langem. Dazu kommt aber vor allem, daß die europäischen Großmächte an den Vorgängen und Veränderungen ein so starkes Interesse haben und darum von so starkem Mißtrauen gegeneinander erfüllt sind, daß die Gefahr einer Ausdehnung des Kampfes nach Westen immer noch in der Luft schwebt. Die Folge davon ist eine ständige Unsicherheit auf dem Weltmarkete. Diese drückt ganz erheblich auf die Wirtschaftskontunktur, die sonst glänzend sein könnte. Obwohl sich bereits die zu erwartende Wirtschaftskrise in mehrfacher Beziehung ankündigt, könnte ihr heftiges Einsetzen noch hinausgeschoben werden, wenn sich die Mächte wirklich einig wären und durch ein Machtwort dem Massenmord auf dem

Balkan ein Ende bereiteten. Statt dessen steht das waffenstarrende Europa argwöhnisch und unentschlossen da und läßt die Balkanvölker sich zerfleischen.

Selbst der ruhigste Bürger fragt sich da: was hat es für einen Zweck, daß ich Jahr für Jahr Heeresverstärkungen bewillige, und wenn es einmal genügen würde, mit Sporenklirren die Balkanknirpe zur Ruhe zu bringen, versagt die ganze Maschinerie? Zudem sehen sich auch die bewilligungsfreudigen Volkskreise mit der panslawistischen Phrase gelemmt. Herr Bethmann konnte die Rüstungsforderungen so schön mit der Gefahr begründen, die uns von dem Balkanbund droht, daß der Bürger wirklich in seine Tasche griff, um die Milliarde und noch mehr zu bezahlen. Er hatte kaum ausgesprochen, da ging der Bund in Splitter und der Kreuzbrüderkrieg begann mit morden und sengen. Städte und Dörfer niederbrennen, Frauen und Mädchen schänden, Greise und Kinder ermorden, Augen ausstechen, das sind die Kampfesformen, mit denen sich um eines Landstrichs willen zivilisiert sein wollende Völker auseinandersetzen. Deseiben Völker, die sich vor etwa Jahresfrist unter dem Kreuze treue Waffenbrüderschaft schwuren, und deren Schwur Herr Bethmann-Hollweg für das Wohl seines Volkes erzittern ließ. Der deutsche Bürger fühlt sich geprellt. Er muß zahlen, der Krieg verhindert die Erhöhung seines Verdienstes und das Grauen packt ihn, wenn er in seiner Zeitung die Greuelthaten seiner sozusagen nächsten Nachbarn liest. Hoffentlich hat er es nicht vergessen, wenn es wieder gilt, die Herrschaft des Militarismus zu stärken — oder zu brechen! ag.

### Vorboten der Krise.

Daß die fetten Jahre, die (für das Kapital) guten Zeiten sich allgemach ihrem Ende zuneigen und daß eine neue Wirtschaftskrise nicht mehr allzu fern sein kann, das beginnt man nach und nach einzusehen. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage, ob sich dann das Herabbrechen einer Krise nicht irgendwie sollte im voraus erkennen lassen, sodaß man sich auf sie einrichten könnte, ein sehr aktuelles Interesse. In der bürgerlichen Welt steht man der Krise im allgemeinen noch wie einem vollkommenen Rätsel gegenüber. Die Versuche der bürgerlichen Nationalökonomien, den Ursprung der Krise zu erklären, sind nicht viel mehr als ein Herumtappen im Dunkeln, weil sie die von Karl Marx gegebene Erklärung nicht anerkennen wollen, und freilich auch nicht anerkennen können. Denn wer das schwere Unheil der Krise als einen nicht zufälligen, sondern organischen Fehler der kapitalistischen Wirtschaft erkennt, der kann doch diese Wirtschaft fürder nicht mehr verteidigen! So hat man sich denn daran gewöhnt, die Tatsache einfach apathisch hinzunehmen, daß das wirtschaftliche Leben »sich in Wellenlinien bewegt«, daß auf gute Zeiten immer nach einer Weile schlechte folgen, die später wieder von guten abgelöst werden — ohne viel nach den Ursachen zu fragen. Allerdings muß ja selbst der trägste Verstand, sofern er die Dinge nur wirklich betrachtet, merken, daß der unmittelbare Anlaß zur Krise die sogenannte »Überproduktion« ist — freilich ein ganz irreführender Ausdruck. Es soll nämlich nicht etwa bedeuten, daß mehr produziert worden ist, als die Menschen konsumieren können; davon kann ja keine Rede sein, statemalen die 90% der Menschen, die zur Arbeiterklasse gehören, ihren Konsum ohne weiteres verdrängen und verwerfen könnten, wenn sie nur Geld hätten, all die schönen Waren zu kaufen. Aber da liegt der Hase im Pfeffer. Das Wort »Überproduktion« soll nur bedeuten, daß mehr Waren produziert worden sind, als gekauft werden. Bei Lichte besehen, ist es also keine Erklärung der Krise, sondern nur eine andere Bezeichnung dafür; denn die Krise besteht ja eben darin, daß viele Waren nicht gekauft werden, und daß dann infolge dessen ihre Preise sinken, weitere nicht produziert werden, Arbeitslosigkeit um sich greift usw. Wer also die Krise erklären will, der muß nach der Ursache forschen, warum so viele Waren nicht gekauft werden, und weiter: warum sie noch produziert worden sind zu einer Zeit, wo man eigentlich schon hätte wissen können, ja wo man sogar schon gewußt hat, daß sie nicht mehr verkäuflich sein würden. Und um das ernstlich zu suchen, muß man in die tiefen Geheimnisse, in die eigentlichen Triebfedern der kapitalistischen Wirtschaft hineinstiegen, wovor die bürgerliche Nationalökonomie eine instinktive Scheu empfindet, weil sie ahnt, daß dort nur unliebsame Dinge zu entdecken sind.

So ist es denn schon als ein Fortschritt zu begrüßen, wenn die bürgerliche Nationalökonomie nur einmal den Versuch macht, den äußeren Anzeichen der vergangenen Krisen etwas näher auf den Leib zu rücken, um herauszufinden, ob sich vielleicht daraus die Wiederkehr künftiger Krisen erkennen lasse. Da liegt nun folgender Gedankengang nahe: Die Krise bricht aus, wenn eine große Menge fertiger Waren nicht gekauft wird, es muß also unmittelbar vor ihrem Ausbruch sehr stark produziert worden sein; das muß sich bemerkbar machen in einem starken Verbrauch von Produktionsmitteln, (Rohstoffen, Werkzeugen etc.), in einem ebenso starken Verbrauch von Kapital (in Geldform), und in einer nicht minder starken Inanspruchnahme von Arbeitskräften. Trifft das bei den letz vergangenen Krisen

zu, dann dürfen wir aus dem Zusammentreffen der gleichen Umstände auch in Zukunft auf den bevorstehenden Ausbruch einer Krise schließen.

Auf diesem Gedankengang beruht eine vor kurzem in Berlin erschienene Broschüre von Dr. Emil Brezigar über »Vorboten einer Wirtschaftskrise in Deutschland«. Wir wiederholen, daß der Gedankengang und somit die ganze Broschüre immer noch vollständig an der Oberfläche bleibt; denn es werden ja, wie gesagt, nur die äußerlichsten Symptome der Krise behandelt. Völlig unerörtert bleibt die Frage, warum denn auf der einen Seite so viel produziert wird und auf der anderen Seite nicht genug gekauft werden kann. Fernerhin sind aber die Tatsachen, die die Broschüre zusammenragt, interessant genug.

Dr. Brezigar untersucht die Krisen von 1900 und von 1907. Eines der wichtigsten Produktionsmittel ist bekanntlich das Eisen. In den Jahren 1895 bis 1912 stellten sich die Produktion und der Verbrauch von rohem Eisen wie folgt:

Jahr	Hochofenproduktion in 1000 Tonnen	Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	
		in kg	in kg
1895	5465		71,9
1896	6373		90,1
1897	6883		104,8
1898	7313		105,4
1899	8143		128,7
1900	8521		131,7
1901	7880		90,3
1902	8529		75
1903	10017		96
1904	10103		112
1905	10987		116
1906	12478		134
1907	13045		147
1908	11813		115
1909	12917		124
1910	14793		136
1911	15534		135
1912	17852		158

Bekanntlich wird ein großer Teil des Eisens zu Maschinen, Werkzeugen etc., d. h. zu Produktionsmitteln verarbeitet; die oben als »Verbrauch« angegebenen Zahlen bedeuten also mindestens zum großen Teil eine Fabrikation von Produktionsmitteln, mithin ebenfalls eine Steigerung der sonstigen Produktion. Berücksichtigt man dies, so zeigen die Zahlenreihen schon mit ziemlicher Deutlichkeit, worauf es ankommt. Sowohl im Jahre 1900 als auch im Jahre 1907 hatte die Produktion eine gewaltige Höhe erreicht, der dann ein tiefer Absturz folgte. Dennoch kann die Steigerung der Produktion für sich allein noch kein Symptom der Krise sein, denn sie ist in anderen Jahren ebenso stark, sogar noch stärker gewesen, ohne daß eine Krise folgte, z. B. von 1902 auf 1903. In der Tat wird ja nicht die Steigerung an sich für die Krise verantwortlich gemacht, sondern die Steigerung »über den Bedarf« hinaus. Gibt es ein Mittel festzustellen, was etwa als »normaler« Bedarf angesehen werden kann, um danach zu erkennen, um wie viel die Produktion dieses Maß überschritten hat?

Da die Bevölkerung des deutschen Reichs von Jahr zu Jahr zunimmt und außerdem der Gebrauch des Eisens sich auf immer neue Gebiete ausdehnt, so muß mit einer gewissen Steigerung des Bedarfs ohne weiteres gerechnet werden. Der Verfasser hat sich nun die Frage gestellt: wenn die gleiche Steigerung des Eisenkonsums, wie sie seit 1897 tatsächlich eingetreten ist, nicht stoßweise, mit heftigen Unterbrechungen und Rückschlägen erfolgt wäre, sondern gleichmäßig von einem Jahr zum andern, wie hätte sie dann aussehen müssen? Durch eine interessante, aber sehr komplizierte Rechnung kommt er zu dem Resultat, daß dann der Verbrauch von Eisen jedes Jahr um 3,21 kg pro Kopf der deutschen Bevölkerung hätte zunehmen müssen. Und dies gestattet ihm, folgende wichtige Zahlenreihe aufzustellen:

Jahr	Tatsächlich sind verbraucht worden	Bei gleichmäßiger Steigerung wären verbraucht worden	
		kg pro Kopf	der Bevölkerung
1897	104,8		94,23
1898	105,4		97,44
1899	128,7		100,65
1900	131,7		103,86
1901	90,3		107,07
1902	75		110,28
1903	96		113,49
1904	112		116,70
1905	116		119,91
1906	134		123,12
1907	147		126,33
1908	115		129,54
1909	124		132,75
1910	136		135,96
1911	135		139,17
1912	158		142,38

Diese Reihe zeigt, daß in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch der Krise die Produktion allmählich, aber ziemlich schnell weit über den »normalen Bedarf« hinaus gesteigert worden ist. Sie erklärt z. B. vollkommen, warum von 1902 auf 1903 trotz gewaltiger Steigerung keine Krise eintrat; obgleich die Produktion von 8 1/2 auf über 10 Millionen Tonnen stieg, erreichte sie noch lange nicht den normalen Bedarf. Auch 1904 und 1905 blieb sie, trotz aller Steigerung, hinter dem »normalen« Bedarf zurück. Erst 1906 überschritt sie ihn, 1907 ließ sie ihn weit hinter sich zurück — und die Krise brach aus.

# Die Neugestaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Organisationsformen, sowie über die Art der zukünftigen Form sind sehr zahlreich. Ebenso sind die Ansichten darüber sehr verschieden, ob Berufs-, Industrie- oder Betriebsorganisationen den Vorzug verdienen. Bei allen diesen Erörterungen wird die Frage der Bildung einer alles umfassenden Arbeiterunion aber recht wenig behandelt. Jedenfalls kann kein ernsthafter Streit über die Frage entbrennen, ob überhaupt die Erstrebung einer Umformung der Organisationsgebilde zu zentralen Körperschaften zweckmäßig erscheint. Die sich immer fester fügende zentrale Organisation im Lager der wirtschaftlichen Gegner und die immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Kämpfe haben schon von selbst dazu beigetragen, daß bereits einzelne große Industrieverbände im Arbeiterlager entstanden sind. Erfahrungen aus dem täglichen Leben ergeben dazu, daß die Zersplitterung im Arbeiterlager bei wirtschaftlichen Kämpfen nur dem Gegner dient. Bei diesen Fragen handelt es sich um wohlbekanntes und vielbehandelte Erscheinungen, so daß ich mir ein weiteres Eingehen darauf ersparen und gleich auf den Kern der Sache, auf den es mir in diesem Artikel ankommt, eingehen kann.

Bei der Neugestaltung der Organisationsform erhoffe ich die sicherste Lösung von der Bildung einer Arbeiterunion. Und dieser gewerkschaftlichen Arbeiterunion will ich nun das Wort reden, dieser Idee, die der Hoffnung von vielen Tausenden organisierter Arbeiter entspricht. Mein Vorschlag beruht nicht auf einer neuen oder eigenen Entdeckung. Die Idee ist vielmehr alt und auch wohlbekannt. Und daß sie auch einmal verwirklicht werden wird, daß die Arbeiterunion, dieser einheitliche Verband für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, kommen wird und kommen muß, das steht für mich fest. Wie denke ich mir nun eine solche Union?

Die Union soll alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, die dem Ideal freigewerkschaftlicher Bestrebungen huldigen. Zu diesem Zwecke müßte ein Zusammenschluß aller bestehenden freigewerkschaftlichen Organisationen erfolgen. Die Möglichkeit des Zusammenschlusses ist gegeben, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist. Die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses und seine praktische Wirksamkeit kann bei den Erfahrungen aus der heutigen Zeit kaum bestritten werden.

Die Union soll eine vollkommen einheitliche Oberleitung besitzen. Diese wird gebildet aus gewählten Vertretern der verschiedenen Industrie-, Gewerbe-, Handels-, Verkehrs- und sonstigen Erwerbszweige. Die Oberleitung (der Hauptvorstand) bestimmt einen geschäftsführenden Vorstand, der in ihrem Auftrage und unter ihrer Überwachung alle Geschäfte zu erledigen hat; sie bildet die ausführende Instanz der Generalversammlungsbeschlüsse.

Alle Lohnbewegungen werden von der Oberleitung eingeleitet und durchgeführt. Sie bestimmt — nach Beschlüssen der Generalversammlung oder der Beiräte —, in welchen Erwerbszweigen eine Bewegung einzusetzen hat; sie bestimmt den geeigneten Zeitpunkt für den Beginn und das Ende der Bewegung. Damit soll der Boden vorbereitet werden für einheitliche und umfassende Bewegungen zentraler Natur, die sich — je nach den Umständen — auf eine oder mehrere verwandte Erwerbsarten beschränken sollen. Kämpfe in ganz verschiedenen Erwerbsgruppen zur gleichen Zeit sind möglichst zu vermeiden. Die Kräfte aller Organisierten sollen auf ein Kampfgebiet vereinigt werden. Der Erfolg eines nötig werdenden Kampfes wird damit sicher. Auch die Dauer der Kämpfe kann eine Abkürzung erfahren. Etwa notwendige Kämpfe rein örtlicher Natur werden damit nicht ausgeschlossen sein. Sie bedürfen aber in jedem Falle der Zustimmung der Oberleitung. Die im Kampfe stehenden Arbeiterkreise brauchen dann um die notwendige Unterstützung weniger besorgt zu sein. Auch in dieser Beziehung werden alle Kräfte und alle verfügbaren Mittel auf ein Ziel hin vereinigt wirken.

Allerdings werden die Gegner schon dafür sorgen, daß die Kämpfe nicht immer schön der Reihenfolge nach abgewickelt werden können. Vielmehr werden sie durch Anreizungen und Aussperrungen die geeinte Kraft der Arbeiter zu zersplittern und zu zerstören suchen. Immer werden sie aber einer wirklich geschlossenen Armee gegenüberstehen, die schließlich auch Kämpfe zu gleicher Zeit und auf verschiedenen Kampfplätzen bestehen kann. Und die Folge wird wahrscheinlich die größere Geneigtheit zu friedlichen Abschlüssen und zu Tarifverträgen sein. Entscheidungsschlachten werden allerdings einmal geschlagen werden müssen. Die Arbeiter werden in solchen Kämpfen aber viel eher bestehen, wenn sie eine geschlossene Organisation bilden, als wenn ihre Kraft in Dutzenden verschiedener Organisationen zerstreut ist. Die Zukunft bringt sicher große Entscheidungen; rüsten wir für diese, indem wir unsere Macht einigen und damit stärken!

Wenn große Kämpfe auch nur in einer Industrie-Gruppe entbrennen, dann dürfen die nichtbeteiligten Arbeiter nicht lediglich Zuschauer bilden. Man wird dann bis zur Entscheidung in dieser Gruppe alle andern Kämpfe zurückstellen und alle Macht — auch

die finanzielle — auf das eine Ziel hin konzentrieren. Vor allen Dingen muß dafür gesorgt werden, daß eine unbeteiligte Gruppe nicht die Arbeiten ausführt, die von der kämpfenden verweigert wurden.

Dieses Bild läßt sich noch eingehender behandeln, auch in einzelne Teile zerlegen; das würde aber im Rahmen eines Artikels zu weit führen. Betrachten wir daher noch eine andre Seite des Problems.

Wie soll sich die Interessenswahrnehmung für die einzelnen Erwerbsarten gestalten? Diese Frage ist leichter zu beantworten. Zunächst wird der Oberleitung ein Beirat aus den verschiedenen Gruppen zur Seite gestellt. Dieser Beirat hat in allen entscheidenden Fragen mitzuwirken. Weiter werden die Interessen der einzelnen Gruppen durch besondere Sektionen und Unterabteilungen gewahrt und gefördert werden. Gleiche Einrichtungen bestehen bereits in einzelnen Verbänden und sie bewähren sich durchaus. Der Zeitung der Union werden spezielle Beilagen für die Berufsgruppen beigelegt. Diese Beilagen können in besonderen Abschnitten ständig alle spezialberuflichen Fragen behandeln. Die Ausgabe der Beilagen erfolgt durch die Hauptleitungen der Sektionen. Die Sektionen halten in bestimmten Zeiträumen getrennte Hauptversammlungen ab; zu diesen werden Vertreter aus dem ganzen Gebiete der Union entsendet. Jede Sektion erhält einen geschäftsführenden Vorstand; aus den Sektionsvorständen werden die Personen gewählt, welche den ständigen Beirat der Oberleitung bilden. In allen wichtigen Tätigkeiten ist die Sektion an die Beschlüsse der Unionsgeneralversammlung oder der Oberleitung gebunden. Damit soll keineswegs die erforderliche, selbständige Tätigkeit im Interesse der beruflichen Gruppe unterbunden werden; sie soll sich nur in allen einschneidenden Fragen, besonders bei Lohnbewegungen, den Allgemeininteressen — wie sie von der Union gepflegt werden — unterordnen. Kurz und gut gesagt: die Sektion nimmt die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder wahr, immer aber im Rahmen der Gesamtinteressen. Wie schon angedeutet, können in den Sektionen noch Unterabteilungen für spezialberufliche Interessenswahrnehmung gebildet werden. Diese innere Zergliederung kann nicht zerstörend wirken, da sie stets nur als ein Glied des Ganzen wirkt und mit diesem untrennbar verbunden ist.

Die örtliche Leitung der Unionsgeschäfte läßt sich derart regeln, daß für jeden Bezirk mit einer bestimmten Mitgliederzahl eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. Die Beamten der Geschäftsstelle werden von den Mitgliedern des Bezirks vorgeschlagen. Durch besondere Regelung ist darauf zu achten, daß möglichst alle Industrie- oder Erwerbsgruppen im Beamtenkörper vertreten sind. Der örtlichen Leitung ist ebenfalls ein Beirat beizugeben, welcher von der Generalversammlung des Bezirks — nach Vorschlag der Sektionsabteilungen — zu wählen ist. Je nach der Mitgliederzahl haben die einzelnen Sektionen oder Unterabteilungen im Bezirke eine Abteilungsmitgliedschaft zu bilden. In diesen werden wiederum die besonderen beruflichen Interessen gewahrt. Alles fügt sich aber organisch in den großen Körper der Union ein. Aus den bestehenden Einrichtungen der großen Industrieverbände kann man die nötigen Lehren ziehen.

Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle gehen dann natürlich an die Bezirksleitung der Union über. Die Pflege des Herbergwesens, der Statistik, des Bildungswesens usw. erfolgt dann nach völlig einheitlichen Grundsätzen und in steter Wahrung der Gesamtinteressen. Mit jeder Geschäftsstelle wird zugleich ein Arbeitersekretariat (Rechtsbureau) verbunden. Der Übergang bestehender Einrichtungen könnte keine unüberwindlichen Schwierigkeiten verursachen.

Die Beitragsfrage müßte ganz nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden. Die Beiträge würden nach verschiedenen Lohnklassen abzustufen sein, wie das z. B. bei den meisten Krankenkassen der Fall ist. Eine Gliederung der Beiträge nach Beruf, Alter oder Geschlecht sollte nicht stattfinden. Eine Einteilung der Beiträge wäre etwa nach folgendem Beispiel möglich:

1. Klasse	Verdienst b. z. 1 Mk.	pro Tag od. b. z. 6 Mk.	pro Woche
2. "	" v. 1,01 - 1,75 "	" "	10,50 "
3. "	" v. 1,76 - 2,50 "	" "	15,00 "
4. "	" v. 2,51 - 3,50 "	" "	21,00 "
5. "	" v. 3,51 - 5,00 "	" "	30,00 "
6. "	" v. 5,01 - 6,00 "	" "	36,00 "
7. "	" v. 6,01 - 7,00 "	" "	42,00 "
8. "	" v. 7,01 - 8,00 "	" "	48,00 "
9. "	" über 8,01 pro Tag	über	48,00 "

An Beitrag würden etwa 3 Proz. zu erheben sein. Jedenfalls würden bei einer solchen Einteilung die finanziell leistungsfähigeren Mitglieder mehr herangezogen und die schwächeren geschützt werden.

Die Unterstützungen müßten möglichst alle Zweige der bis jetzt eingeführten umfassen. Sie werden einheitlich gewährt, höchstens abgestuft nach den geleisteten Beiträgen in den verschiedenen Lohnklassen. Möglichst gleichartig sollten dagegen die Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen sein. Bei deren Berechnung ist die Zahl der unterhaltspflichtigen Angehörigen zu berücksichtigen. Für die Berechnung der Unterstützungen werden besondere Tabellen aufgestellt. Für die Geschäftsführung der Unterstützungseinrichtungen läßt sich eine besondere Abteilung in der Union bilden.

Der Zusammenschluß der Verbände zur Union läßt sich wohl erzielen, wenn das nötige Verständnis

dazu vorhanden ist. Zugeben will ich, daß erst die Bildung der Industrieverbände erwünscht wäre. Ob eine absolute Notwendigkeit dazu vorliegt, das wage ich nicht zu behaupten. Natürlich müßten die gesamten Vermögensbestände — auch der Kartelle — an die Union übergehen. Manchem Finanzminister in unsern Reihen blüet das Herz, wenn er nur etwas von einem solchen Gedanken hört. Das Vermögen bildet ja so oft den Grund, um sich von einer Vereinigung fernzuhalten. Man rechnet damit, daß auf Grund des Verbandsvermögens und der persönlichen, finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitglieder weit bessere Vorteile für diese herausgeholt werden können, als dieses bei einem Zusammenschluß zu einem Industrieverbande, oder gar zu einer Union, der Fall sein würde. Eine derartige Auffassung hatte sicher ihre Berechtigung, wenn sie auch alles andere als sozial war; in der Zukunft wird sie diese Berechtigung aber ebenso sicher verlieren. Selbst die größten Vermögen einzelner Verbände werden bei den Kämpfen der Zukunft nicht ausreichen. Die im Kampfe stehende Organisation wird stets auf die Mitunterstützung anderer Verbände angewiesen sein. Haben wir solche Beispiele nicht schon genug erlebt? Und in der Zukunft wird es mehr denn je heißen: »Einer für Alle und Alle für Einen!« Daher baue man belzeiten vor!

Große Entscheidungskämpfe werden sicher keiner Erwerbsgruppe erspart bleiben. Die Organisationsfrage der Zukunft darf daher nicht allein vom eigenen finanziellen Standpunkte aus entschieden werden. Entscheidend muß der Hauptgedanke sein, dem einigen und starken wirtschaftlichen Gegner eine geschlossene und starke Organisation gegenüber zu stellen, eine Organisation, die dann auch für die schwächeren Gruppen der Arbeiterklasse sichere Erfolge erzielen kann. Und jeder derartige Erfolg muß den besser gestellten Arbeitern ebenfalls Vorteile bringen. Ein Aufstieg nach oben wird nur dann bessere Aussidit auf Erfolg haben, wenn die tiefer stehenden Massen zunächst eine Hebung ihrer Existenzmöglichkeit erfahren.

Nicht zu vergessen ist, daß bei dem steten Vorwärtsschreiten der Technik und dem steten Auftreten neuer Erfindungen und Entdeckungen die Grenzen zwischen den einzelnen Erwerbszweigen immer mehr verwischt werden. Ein Gewerbe- oder Erwerbszweig greift immer mehr in den andern über. Ein Beispiel bester Art bildet unsere graphische Industrie. Hier wogt jetzt alles in- und durcheinander: Buchdruck, Lithographie, Steindruck, Kupferdruck, Lichtdruck, Chemigraphie usw. verdrängen und ergänzen sich gegenseitig. Kaum eines dieser Gebiete ist von einem anderen streng zu trennen. Und diese Entwicklung hält nie still. In den letzten Jahren hat es sich bei der Aussperrung der Lithographen und Steindrucker gezeigt, wie in nahe verwandten Gewerben mittelst anderer Verfahren, aber oft im gleichen Betriebe, die Arbeiten geleistet wurden, die von den Aussperrten verweigert worden waren. Das ist doch der reinste Selbstmord! Den Vorteil zieht immer der Gegner daraus. Über ähnliche Erscheinungen aus andern Berufsgruppen wäre vieles zu sagen, doch sei darüber hinweggegangen. Aus aller Zersplitterung in der Arbeiterbewegung haben unsere Gegner den Nutzen gezogen.

Es ist daher Zeit, dem Gedanken einer neuen Organisationsform näher zu treten. Gewiß sind die gegenwärtigen Formen Produkte einer strengen und folgerichtigen Entwicklung, aus der sie sich mit Naturnotwendigkeit ergaben. Jetzt drängt die Entwicklung aber zu neuen Formen, und da heißt es, dieses Drängen zu verstehen und ihm zur richtigen Zeit gerecht zu werden.

Mögen diese Ausführungen, welche noch vielseitig ergänzt werden könnten, den Anlaß zu einer objektiven Besprechung ergeben. Möge die gewünschte Besprechung aber auch im ruhigen und würdigen Tone erfolgen, nur dann kann die Frage eine richtige Klärung erfahren. Und diese Klärung wird wohl jeder im Interesse der uns allen am Herzen liegenden Sache wünschen.

Karl Möbinger.

Anmerkung. Wir haben dem Artikel des Kollegen Möbinger Platz gegeben, obwohl zur Zeit noch jede Grundlage und jede Aussicht für die Realisierung seines Vorschlages in Deutschland fehlt. Allerdings scheint sich die Entwicklung in der Richtung des Vorschlages zu bewegen. Die fortschreitende Umbildung der Branchenverbände zu großen Industrieorganisationen, die auch von unserm Verbande geförderten Bemühungen zu einer zentralen Regelung der gegenseitigen Unterstützung aller deutschen Gewerkschaften bei Lohnkämpfen, der verschiedentlich laut gewordene Ruf nach Schaffung eines Zentralkampfunds unter der Verwaltung der Generalkommission und manche anderen Symptome deuten darauf hin. In andern Ländern, speziell in den skandinavischen, ist die gewerkschaftliche Organisation übrigens auf einer ähnlichen wie der in dem Vorschlag behandelten Grundlage aufgebaut. Ob sich diese Organisationsform bewähre, läßt sich von hier aus schwer beurteilen. Der letzte schwedische Großstreik und seine Folgen scheinen dagegen zu sprechen. Jedenfalls wird die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wie bisher so auch in Zukunft streng den gegebenen Verhältnissen und taktischen Notwendigkeiten angepaßt sein und auf dieser Grundlage im richtigen Geleise fortschreiten.  
Die Redaktion.



Mk., Sterbegeld 600 Mk., Invalidenunterstützung 6400 Mk., Witwen- und Waisenunterstützung 3245 Mk., Arbeitslosenunterstützung 17,50 Mk. insgesamt also für Unterstützungen 17688,25 Mk. Das Berichtsjahr war hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeit für alle Kollegen eines der besten, das die Notenstecher seit einer Reihe von Jahren zu verzeichnen hatten. Arbeitslosigkeit ist schon seit langem im Notenstechergewerbe fast unbekannt. In das Jahr 1912 fällt die Revision des Notenstechertarifs, der mit einer 6prozentigen Erhöhung der tariflichen Grundpositionen und verschiedenen anderen Verbesserungen bis zum 31. März 1915 verlängert wurde.

Weniger günstig war das Jahr 1912 für den Deutschen Xylographenverband, dessen Mitglieder ständig unter schwerer und langandauernder Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Viele mußten den erlernten Beruf aufgeben. Infolgedessen ging die Mitgliederzahl des Verbandes, die noch im November 1911 433 und Ende Dezember 1911 428 betragen hatte, auf 423 am Schluß des Jahres 1912 zurück. Am 1. Juni 1909 konnte der Verband noch über 500 Mitglieder mustern! In das Berichtsjahr 1912 fällt die Generalversammlung des Verbandes, die u. a. folgendes beschloß: »Die Entwicklung unseres Berufs vollzieht sich fortgesetzt dahin, daß ein großer Teil der Kollegen in den gemischten Betrieben mit den Mitgliedern des Verbandes der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe zusammenarbeitet. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Anschluß an den Verband der Lithographen usw. mehr als bisher in Versammlungen und der Zeitung erörtert wird.«

## Zur Generalversammlung. 22

XIII.

Wenn man die Anträge für die Generalversammlung in Stuttgart durchliest, so wundert man sich, was alles vom Hauptvorstande und von den Gauvorständen verlangt wird. Zu Punkt 4 kommen drei Anträge von Breslau, deren dritter auch von Hirschberg gestellt wie folgt lautet:

»Der Hauptvorstand möge in Verbindung mit den Gauvorständen der unerhörten Lehrlingszüchterei in manchen mittleren und kleinen Zahlstellen energisch zu Leibe gehen und vor allen Dingen dort eingreifen, wo die Bestimmungen der Lehrlingskassa noch nicht eingeführt sind.«

Auch die beiden ersten Breslauer Anträge stellen bestimmte Forderungen zur Besserung der beruflichen Verhältnisse an den Hauptvorstand. Also immer der »Hauptvorstand«, der »Hauptvorstand« und wieder der »Hauptvorstand«, und was der Hauptvorstand nicht allein machen kann, das sollen auch die Gauvorstände mitmachen helfen.

Wie die Arbeit des Hauptvorstandes in dieser Beziehung »gewertet« wird und wie »erfolgreich« die Bemühungen des Hauptvorstandes in dieser Richtung gewesen sein müssen, lehrt uns der nicht allzuweit davon stehende Antrag des Gaus 12, der wie folgt lautet:

»Die Abmachungen mit dem Schutzverband bezüglich des Merkblattes sind zu annullieren.«

Also, liebe Kollegen in Schlesien, erwartet in dieser Beziehung nicht allzu viel vom Hauptvorstand, denn das liegt nicht in seiner Macht, und noch viel weniger in der des Schutzverbandes. Handelt vielmehr nach dem alten Sprichwort: »Hilf dir selber, so hilft dir Gott!«

Mehr als der Hauptvorstand und die Gauvorstände können für die Regelung der Lehrlingsverhältnisse die Ortsvorstände leisten. Ja, selbst wenn die Generalversammlung, der Haupt- und die Gauvorstände den Breslauer Anträgen entsprechend beschließen würden, müßten letzten Endes doch die Ortsvorstände die Beschlüsse zur Ausführung bringen. Und in punkto Lehrlingsangelegenheit wird von manchen Ortsvorständen noch manches gesündigt; man läßt eben alles gehen, wie es eben geht, und denkt, es kommt alles so von selbst. Von selbst ist aber noch nie etwas gekommen!

Wir könnten hier die »Gr. Pr.« mit Erfahrungen füllen, wollen aber deren Raum nicht allzusehr beanspruchen. Aber gesagt muß es nochmals werden, daß manche Ortsvorstände das »Hilf!« in dieser Beziehung nicht von Haupt- und Gauvorständen und Generalversammlungen erwarten sollten, sondern kräftig selbst Hand an die Wurzel unserer Berufsübel legen müßten. Der Erfolg kann dann gar nicht ausbleiben, wie wir beweisen können. Aber auch alle Kollegen könnten daran mitarbeiten, daß es besser wird; sie brauchen nur wahrer und wahrhaftiger über die Berufslage zu reden, und nicht etwas schweigen wollen, was sie in Wirklichkeit garnicht sind. Kollegen, denkt an Schillers Worte: »Was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben, als die Wahrheit?«

—st.

XIV.

In einem zweiten Artikel gibt der Kollege W. N. E. sich Mühe, seinen Standpunkt zu dem zu schaffen, den Beirat zu rechtfertigen. Wer aber die Verhältnisse kennt, wird zu der Überzeugung kommen müssen, daß es so, wie der genannte Kollege es wünscht, nicht gemacht werden sollte.

Welches waren denn die Beweggründe, daß diese Frage zur Diskussion kam. Nicht unmittelbar ist sie aus der letzten Bewegung entsprungen, aber durch diese erneut zur Diskussion gekommen, und in der Hauptsache aus dem Grunde, weil, wie der Kollege W. N. E. ganz richtig sagt, die Gauangestellten nicht mit beschließender Stimme herangezogen wurden. Vor allem deshalb, weil sie zur Frage der Taktik keine Stellung nehmen konnten.

Nicht zu verstehen ist, daß sich der Kollege W. N. E. so sehr für die Majorität der in Arbeit stehenden Kollegen ins Zeug legt. Wenn ihm unsere letzte Bewegung dafür ein Maßstab ist, dann müßte es für die Zukunft anders sein. Obwohl im Hauptvorstand, wie auf den Gauvertreterkonferenzen waren die im Beruf tätigen Kollegen in der Mehrheit. Eine Mehrheit der Angestellten wird auch in Zukunft kaum eintreten, und wenn sie vorhanden wäre, dann könnte es nicht die Aufgabe der Angestellten sein, die übrigen Kollegen zu majorisieren, sondern nach wie vor würde das Bestreben obwalten müssen, über wichtige, die Interessen der Gesamtheit betreffende Fragen eine Einstimmigkeit herbeizuführen.

Man sollte auch nicht bestrebt sein, die Sache so hinzustellen, als ob die Angestellten ein geringeres Interesse an den Allgemeinheit interessierenden Fragen haben. Oder wie es immer so schön heißt: »Die Angestellten haben die Fühlung mit den Kollegen verloren.« Auch der Kollege W. N. E. bezweifelt, daß die Angestellten die engste Fühlung mit den Kollegen haben. Er hat bei seinen Ausführungen allerdings, wie es mir scheint, ein Mitglied des Hauptvorstandes im Auge, dem nach seiner Ansicht die Mißstimmung seit der letzten Bewegung unter den Kollegen nicht bekannt ist. Der Kollege W. N. E. hat sich mit seinen Ausführungen hier an die falsche Adresse gewandt.

Die Frage, die in der Diskussion eine Rolle spielt, ist doch die: ob die Gauangestellten in den Beirat wählbar sein, oder ob sie mit beratender Stimme oder garnicht hinzugezogen werden sollen.

Im Gegensatz zu Kollegen W. N. E. bleibe ich dabei, daß wohl niemand mehr wie die Gauangestellten die Stimmung unter den Kollegen kennt, da sie doch auch vor allem berufen sind, Wünsche und Forderungen der Mitglieder verwirklichen zu helfen. Sie sind durch ihre Anstellung sogar verpflichtet, mit ihrer ganzen Person für die Interessen der Mitglieder einzutreten; dies verlangen die Mitglieder von ihnen.

Ist es nun, wenn Angestellte in dieser Weise für die Mitglieder tätig sein sollen, nicht ein Unding, daß man sie aus dem Beirat fernhalten und ihnen allenfalls, wenn es notwendig erscheint, beratende Stimme zubilligen will? Danach hätten die Angestellten wohl die Interessen der Kollegen zu vertreten; aber in welcher Form dies geschehen und welche Taktik dabei eingeschlagen werden soll, darüber hätten sie, obwohl sie durch ihre berufliche Tätigkeit als Agitatoren und Organisatoren eine reiche Erfahrung haben müssen, nichts mitzureden.

Des weiteren spielt auch der Kostenpunkt immerhin eine Rolle. Nach dem Vorschlage des Kollegen W. N. E. würde der Beirat eine kleine Generalversammlung vorstellen. 16 gewählte Vertreter, 13 Mitglieder des Hauptvorstandes, mindestens ein Vertreter des Ausschusses und 7 Angestellte sind 37 Personen. Neben den großen Kosten, die eine Zusammenberufung dieser Körperschaft verursacht, wird sie auch viel zu schwerfällig arbeiten.

Im Interesse unserer Organisation liegt es auch, wenn den einmal gewählten Angestellten etwas mehr Vertrauen entgegengebracht wird, und nicht durch allerhand Phrasen und Schlagwörter das Vertrauen gegen die Angestellten untergraben wird.

## Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

### Bericht

der Zentralkommission des Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner.

Während der verfloßenen Geschäftsperiode konnte die Zentralkommission der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner nicht so ungestört arbeiten, wie während der vorhergegangenen. Die Bewegung, die im Spätsommer 1911 zum Ausbruch kam, sowie ihre Nachwirkungen, die sich sehr lange bemerkbar machten, haben es zu einem fruchtbaren Arbeiten der Kommission nicht kommen lassen. In diese Bewegung selbst hat die Zentralkommission nur von Anfang an eingreifen können, indem sie die Forderungen der Lithographen, soweit sie sich auf Minimallohne, Lehrlingszahl und Arbeit erstreckten, bei der Formu-

lierung der allgemeinen Forderungen zu vertreten hatte.

Gestört hat die Bewegung insbesondere die Fertigstellung der Statistik über die Verhältnisse der Merkantil-Lithographen. Wie den Kollegen innerlich ist, war geplant, eine statistische Arbeit großen Stils über die Merkantil-Lithographie herauszugeben. Die Fragebogen sind auch verhältnismäßig gut ausgefüllt worden. Weniger gut gingen die Muster ein, die dann nach Vollendung der statistischen Arbeit in Ausstellungen den Kollegen nahegebracht werden sollten. Die Zentralkommission hat, da die Statistik vor der Bewegung aufgenommen wurde, beschlossen, sie nicht als selbständige Arbeit herauszugeben, denn die Bewegung hat die Verhältnisse doch bis zu einem gewissen Grade verschoben, daß die Arbeit eigentlich mehr historisches als praktisches Interesse gehabt hätte. Trotzdem wird die bei der Aufnahme der Statistik geleistete Arbeit nicht verloren gehen. Die Zentralkommission hat wenigstens vorgesehen, der Lithographen-Konferenz vorzuschlagen, daß in aller Kürze eine neue Statistik nach genau demselben Muster aufgenommen werden soll und bei der Verarbeitung der neuer Ergebnisse sollen dann die früheren Fragebogen mit berücksichtigt werden.

Zu einem praktischeren Resultat haben die Erhebungen über die Verhältnisse der Zeichner geführt. Das verhältnismäßig vollständig eingegangene Material ist zu einer Broschüre verarbeitet worden, die demnächst erscheinen wird. Über die Ergebnisse der Aufnahme wird der Lithographen-Konferenz in dem Vortrage über die Zeichnerfrage schon vor Erscheinen der Broschüre Mitteilung gemacht werden. Mit den Zeichnern hatte die Zentralkommission sich auch im übrigen des öfteren zu beschäftigen. Veranlassung dazu haben namentlich die Bestrebungen geboten, das Tätigkeitsgebiet der beiden in Betracht kommenden Verbände, das ist der Zeichner-Verband und unser Verband, abzugrenzen. Es haben zu diesem Zwecke mehrfach mündliche und schriftliche Verhandlungen mit dem Zeichnerverbande stattgefunden. Zu einem Ergebnis haben sie leider nicht geführt. Über die beiderseitigen Vorschläge wird gleichfalls der Lithographen-Konferenz Bericht erstattet werden. Es sei aber an dieser Stelle schon darauf hingewiesen, daß wir alle Ursache haben, unser Tätigkeitsgebiet von dem Zeichnerverband nicht einengen zu lassen. Es ist zwar auf der letzten Lithographenkonferenz eine dem Zeichnerverband günstigere Auffassung vertreten worden, aber einer genaueren Nachprüfung vermag diese nicht Stich zu halten. Die Bestrebungen des Zeichnerverbandes laufen doch allzusehr darauf hinaus, den Angestelltendünkel groß zu ziehen. Wir haben alle Ursache, diese Bestrebungen zu bekämpfen, nachdem es uns in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit gelungen ist, den Künstlerdünkel unter den Lithographen zu beseitigen. Der Angestelltendünkel ist aber nicht weniger schädlich. Die gegenteilige Auffassung der beiden Verbände gerade in dieser Frage trat namentlich zu Tage bei der Angestelltenversammlung. Der Zeichnerverband hält es für einen großen Fortschritt, seine Mitglieder als Angestellte zu versichern, während die bei uns organisierten Zeichner gerade der entgegengesetzten Auffassung sind. Um in dieser Beziehung unseren Mitgliedern Winke zu geben, hat in Berlin eine Zeichnerversammlung stattgefunden; der Bericht darüber ist dann ausführlich in der Graph. Presse erschienen.

Bestrebungen, die im Kupferdruckgewerbe tätigen Koloristen, die heute noch bei den verschiedensten Organisationen Unterschlupf suchen und finden, einheitlich bei uns zu organisieren, haben zu einem praktischen Resultat nicht geführt.

Mit der Agitation unter den Kartographen hatte die Zentralkommission gleichfalls öfter zu tun. Das ist ein sehr undankbares Gebiet. Es rächt sich hier, daß die Kartographen während all der langen Jahre bei unserer Agitation zu wenig berücksichtigt worden sind. Das zeigt sich daran, daß die jüngeren Kollegen Interesse für die Organisation haben und auch Mitglieder werden, während die älteren sich ganz hartnäckig ablehnend verhalten. Kurz vor der letzten Lithographenkonferenz ist bekanntlich eine Broschüre über die Verhältnisse der Kartographen herausgegeben worden. Dieser schriftlichen Agitation ist dann die mündliche gefolgt. Es haben Versammlungen stattgefunden in Leipzig, Braunschweig und Berlin. Namentlich in Berlin war die Agitation sehr rege. In Glogau hatten die Kollegen nicht einmal so viel Interesse, daß eine Versammlung zustande kommen konnte. Über den Beschäftigungsgrad der Kartographen ist laufend eine Statistik aufgenommen worden. Die Ergebnisse werden demnächst veröffentlicht werden.

Der Abschluß der Bewegung brachte uns leider auch die Verpflichtung, in den Schutzverbands-Betrieben die Agitation mit unserer Lehrlingsbroschüre zu unterlassen. An deren Stelle ist bekanntlich das Merkblatt getreten. Der Entwurf zu dem Merkblatt ist von der Zentralkommission ausgearbeitet worden. Es braucht natürlich nicht besonders betont zu werden, daß sich der Entwurf nicht mit dem Merkblatt, wie es dann aus der gemeinsamen Beratung unserer Organisation und dem Schutzverband hervorgegangen ist, deckt. Der Entwurf, der den Beratungen zugrunde lag, hat seine entgültige Fassung dann in einer gemeinsamen Beratung der Zentralkommissionen der Lithographen und der Stein-

drucker gefunden. Leider haben die Beratungen zwischen dem Schutzverband und unsrer Organisation diesen Entwurf dann ganz erheblich verschlechtert.

Auch in einer anderen Frage haben wir gemeinsam getagt mit den anderen Zentralkommissionen, und zwar mit allen Zentralkommissionen unseres Verbandes. Sie betraf den Tiefdruck. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß eine dieses neue Druckverfahren beobachtende neue Zentralkommission aus den Reihen der Hauptvorstandsmitglieder eingesetzt worden ist.

Die Verhandlungen mit dem Schutzverband, die zur Schaffung des neuen Merkblattes geführt haben, sollten auch noch andere Angelegenheiten regeln, so die Beschäftigung der Lehrlinge in der Postkarten- und Autochromindustrie. Die Zentralkommission hatte hierzu die nötigen Vorarbeiten geliefert. An der Hand von schwarzen Abdrücken ist einwandfrei der Nachweis erbracht worden, daß Lehrlinge, die auf diesen Gebieten ausgebildet werden, ihr Fortkommen als Lithograph überhaupt nicht finden können. Zu einer Einigung ist es leider nicht gekommen. Ebenso wenig, wie es zu der Festsetzung eines Garantielohnes für Akkordarbeiter gekommen ist. Auch hierbei hat die Zentralkommission die Vorarbeiten gemacht, wobei sie sich stets in Einklang mit dem Hauptvorstand befunden hat.

Es sei dann noch auf einige andere Arbeiten der Zentralkommission hingewiesen, so auf die Druckmusterfrage. Hierbei haben wir stets, und zwar auch bei den Verhandlungen mit dem Schutzverband, die auf der letzten Lithographenkonferenz zutage getretenen Meinungen vertreten. Durch einen Aufruf sind die Kollegen auch aufgefordert worden, die Firmen der Zentralkommission mitzuteilen, die zwar Muster verlangen, sie aber nicht zurückzusenden pflegen oder die sonst Mißbrauch mit den Mustern treiben. Es ist auch mehrfach nötig gewesen, daß die Zentralkommission derartigen Prinzipalen gegenüber die Interessen der Kollegen vertrat. Die bei uns eingegangenen Beschwerden stehen allerdings in keinem Verhältnis zu den Klagen der Kollegen und den tatsächlich bestehenden Mißständen.

Die Hygiene-Ausstellung in Dresden, an der sich unser Verband gleich wie die übrigen Gewerkschaften beteiligen wollte, beschäftigte die Zentralkommission gleichfalls. Durch das Verhalten der Ausstellungsleitung sahen sich die Gewerkschaften leider genötigt, sich nicht zu beteiligen. Bei uns hat diese Frage jedoch das Resultat zeitigt, daß beschlossen worden ist, eine Erhebung über die sanitären Verhältnisse im Beruf zu machen. Der Hauptvorstand hat dem nicht nur zugestimmt, es ist auch beschlossen worden, diese Erhebung auszuweiten auf alle in unserem Verband organisierte Berufe. Die Ausführung dieses Beschlusses ist durch die Bewegung hinten gehalten worden.

Ein weiterer Beschluß der Zentralkommission, dem der Hauptvorstand auch beigetreten ist, wird die Generalversammlung beschäftigen, nämlich die Schaffung einer Sammelstelle für Druckerzeugnisse. Gerade die Lithographie hat unter der Umwandlung der Technik ganz besonders zu leiden. Es hat den Anschein, als werde unser Beruf nach Ablauf weniger Jahre zu den gewesenen Berufen gehören. Diese Umwandlung legt ganz selbstverständlich der Zentralkommission ganz besondere Verpflichtungen auf. Um diesen gerecht werden zu können, ist die Schaffung der Sammelstelle, von der aus all die Umwandlungen der Technik im Auge behalten und kontrolliert werden sollen, Grundbedingung. Es darf wohl schon jetzt ausgesprochen werden, daß die Zentralkommission, die nach der Generalversammlung ihr Amt antreten wird, reichlich Arbeit vorfinden wird. Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, hat die jetzige Zentralkommission die Vorarbeiten dazu gemacht, die Sammelstelle wird weiteres Material liefern.

Die Zentralkommission. I. A.: Hermann Müller.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Bericht

der Zentralkommission der Steindrucker.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die unsern Beruf besonders schwer getroffen hat, sowie die technische Vervollkommnung der Maschine, durch welche die Existenz unserer Kollegen stark bedroht wird, ließ auf der Hamburger Konferenz den langgehegten Wunsch zur Tat werden, auch für die Steindrucker eine Zentralstelle zu schaffen, der die Beobachtung der technischen Entwicklung, die Feststellungen über die schädlichen beruflichen Verhältnisse und die Propagierung der daraus sich ergebenden Forderungen obliegen sollte. Die Zentralkommission hat versucht, diesen Wünschen gerecht zu werden.

Die auf der Hamburger Tagung eine große Rolle spielende Frage der Rotationsmaschine hat die Z.-K. eingehend weiter verfolgt. Durch Auf-

nahme einer Statistik im Januar 1911 konnte festgestellt werden, daß in 61 Firmen 122 Rotationsmaschinen liefen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen an diesen Maschinen waren die allgemein üblichen. Trotz höherer Leistung, verbunden mit anspannender Nerventätigkeit erhielten nur 17 Kollegen den von der Konferenz als Mindestlohn bezeichneten Satz von 40 Mk. wöchentlich. Der höchste Wochenlohn betrug 48 Mk., der niedrigste 19 Mk. Das durch die Statistik gewonnene Material ist verarbeitet und im Zirkular Nr. 3 den Zahlstellen zur Agitation zur Verfügung gestellt worden. Ein von uns ausgearbeitetes Vortragskonzept und das Ausstellungsmaterial, welches den Zahlstellen zu dieser Frage zur Verfügung gestellt wurde, wurde von mehreren Mitgliedschaften benutzt. Desgleichen wurde auch persönlich durch die Z.-K. in die Agitation eingegriffen in Nr. 1 der »Gr. Pr.« 1911 hat die Z.-K. ihren Standpunkt zur Frage der Rotationsmaschinen niedergelegt. Im allgemeinen ist die in dem Artikel geäußerte Ansicht noch heute zutreffend. Nur hat die Entwicklung gezeigt, daß die Schwierigkeiten, die dem feineren Buntdruck entgegenstanden, zum großen Teil gelöst sind und heute schon sehr gute Resultate auf dem Gebiete des besseren Chromdruckes vorliegen.

Die Weiterentwicklung der vom Auslande eingeführten Offset-Rotarys hat durch die deutsche Technik in der Böttcherschen Schön- und Widerdruck-Offset-Rotary ein neues Feld der Betätigung für die Kollegen geschaffen. Die sog. Böttchermaschine, über die in den Nrn. 49 und 50 der »Gr. Pr.« 1912 eine durch eine Probedruckbeilage illustrierte Abhandlung erschien, greift in das bisherige Arbeitsgebiet des Buchdruckers ein und hat leider zu unnötigen leidenschaftlichen Diskussionen zwischen den beiden Berufen geführt. Die Z.-K. hat zu dieser Frage Stellung genommen und ihre Ansicht in folgender Resolution niedergelegt: »In der Erwägung, daß Lithographie und Steindruck auf der Wechselwirkung von Fett und Wasser beruhen, ferner der Druck von Metallplatten (Zink und Aluminium) auf demselben Vorgang beruht, in fernerer Erwägung, daß der Druck von Metall schon seit 1829 praktisch von Steindruckern ausgeübt wird und die Metallplatte durch die Entwicklung der Maschinenteknik der Druckträger auf der Rotationsmaschine ist, steht die Zentralkommission der Steindrucker auf dem Standpunkt, daß auch die von der Firma Böttcher-Leipzig auf den Markt gebrachte Offsetmaschine als uneingeschränktes Arbeitsgebiet für die Steindrucker zu betrachten ist. Nicht die Erzeugnisse der Drucktechnik sind bisher von den Organisationen als Unterschied des Arbeitsgebietes der Verbandsmitglieder betrachtet worden, sondern die Grundlage des Druckverfahrens, durch welche die Drucksachen hergestellt werden, gilt als die Abgrenzung des Organisationsgebietes.«

Durch den Versammlungsbericht der Filiale I Berlin vom 24. Februar 1913 in Nr. 11 der »Gr. Pr.« ist diese Resolution mit ihrer Begründung der Kollegenschaft zur Kenntnis gebracht worden. Die Stuttgarter Konferenz wird dazu Stellung nehmen müssen.

Einer Anregung der Hamburger Konferenz folgend, veranstaltete die Z.-K. eine statistische Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Blechdruckereien und in den keramischen Anstalten. Das Resultat dieser Umfragen, welches den Zahlstellen zur Agitation überwiehen worden ist, deckt mit erschreckender Deutlichkeit die durchaus tieftraurigen Arbeitsverhältnisse dieser Berufsarten auf.

In den keramischen Anstalten arbeiteten 60 Kollegen = 21 Proz. der in dieser Sparte Beschäftigten länger als 9 Stunden täglich. Setzen wir 30 Mk. pro Woche als Mindestlohn fest, welcher bei den heutigen Lebensverhältnissen doch noch als sehr bescheiden bezeichnet werden muß, so wird durch die Statistik festgestellt, daß 67 Proz. der in keramischen Anstalten beschäftigten Kollegen unter diesem Existenzminimum stehen. Lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, dazu allen modernen Auffassungen hohnsprechende hygienische Einrichtungen in den Druckereien lassen die Zahl der Erkrankungensfälle, die besonders durch das Verarbeiten von Pudertönen stark beeinflusst wird, weit über den allgemeinen Durchschnitt hinaus steigen. 22 Proz. der in keramischen Betrieben tätigen Gehilfen und 27 Proz. der Lehrlinge haben im Jahre 1910 die Krankenkasse in Anspruch genommen. Schließliche Weiberverhältnisse in unserem Berufe!

Ein ähnliches Resultat zeigt die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Blechdruckereien. In 52 Firmen mit 213 Schnellpressen waren 426 Kollegen beschäftigt. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug bei 256 Kollegen 54 Stunden und darüber. 80 Proz. der Kollegen arbeiteten länger als 53 Stunden pro Woche. Der Durchschnittslohn betrug an den Maschinen 31,22 Mk.; an den Handpressen 28 Mk. wöchentlich. Lange Arbeitszeit, unzureichende Löhne, dazu hohe Leistungen und besonders bei den Maschinendruckern gesundheitsschädliche Arbeitsverhältnisse ergeben sich aus den Feststellungen der Statistik.

Der Versuch der Unternehmer, den § 6 der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 illusorisch zu machen, veranlaßte die Z.-K., ein Urteil über die staubfreien Bronzermaschinen und die hygienischen Einrichtungen zur Verhütung des schädlichen Bronze-

staubes von den Kollegen einzufordern. Es wurde durch die Umfrage festgestellt, daß völlig staubfreie Bronzermaschinen gar nicht vorhanden sind und daß in bezug auf hygienische Einrichtungen alles im Argen liegt. Das von der Kollegenschaft selbst gefällte Urteil in dieser Frage muß die Lösung für die nächste Zukunft sein. Wir verweisen auf die Ausführungen in Nr. 25 des laufenden Jahrgangs der »Gr. Pr.«

In 4 Zirkularen hat die Z.-K. zu verschiedenen besonders die Steindrucker interessierenden Fragen Anregungen gegeben. Der lebhaft schriftliche Verkehr mit den Zahlstellen und den einzelnen Kollegen erstreckte sich auf fachtechnische und taktische Fragen. In letzteren hat die Z.-K. stets konform mit dem Hauptvorstand gehandelt. Stark beeinflusst wurde die Tätigkeit der Kommission durch den letzten großen Kampf, an dessen Vorbereitungen sie regen Anteil genommen hat; unsere Anträge bei diesen, sowie auch in anderen Angelegenheiten sind stets berücksichtigt worden.

Zur Erledigung der Geschäfte haben 14 ordentliche Sitzungen stattgefunden. Der von der Filiale I Berlin gewählten Zentralkommission gehörten die Kollegen Daehn, Fisch, Haß, Hoffmann, Laib, Müller und Schwarz an. Ein Wechsel hat nicht stattgefunden. Die Z.-K. glaubt unter Berücksichtigung der Verhältnisse alles versucht zu haben, um den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden, und stellt die Tätigkeit der Stuttgarter Konferenz zur Kritik.

Die Zentralkommission.

I. A.: G. Hoffmann.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigrphen, Reproduktions-Photographen, Lithdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

## Tarifverhandlungen der Chemigrphen und Kupferdrucker.

Der Tarif für Deutschlands Chemigrphen und Kupferdrucker läuft am 31. Dezember d. J. ab. Er wurde von keiner Seite gekündigt, jedoch sind von beiden Kontrahenten Abänderungsanträge gestellt worden. Der Termin für Einreichung von Abänderungsanträgen ist auf 6 Monate vor Ablauf des Tarifes festgesetzt und innerhalb 2 Monaten müssen die Anträge beraten werden. Der Tarifausschuß wird darum am 4. August d. J. in Berlin zu den Verhandlungen über die Abänderungsanträge zusammentreten.

## Aus den Sektionen.

Leipzig (Chemigr.). Unsere letzte gutbesuchte Versammlung nahm die Berichte der Delegierten vom Gautag in Leipzig und der Chemigrphenkonferenz in Berlin entgegen. Über die Zulassung der Privatretuscheure zur Tarifgemeinschaft entspann sich eine sehr lebhaft Debatt. Alle Diskussionsredner vertraten entschieden die Meinung, daß durch die eventuelle Zulassung eine enorme Verschlechterung der Verhältnisse der Retuscheure eintreten müsse, ähnlich wie sie in der Lithographie durch die Privatlithographie eingetreten ist. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die Versammlung legt gegen die Aufnahme der Privatpositivretuscheanstalten in die Tarifgemeinschaft entschieden Verwahrung ein, da dadurch der Heimarbeit, verbunden mit Preisschleuderei, Tor und Tür geöffnet wird. Die Versammelten appellieren an die Kollegen Deutschlands, im selben Sinne dagegen Stellung zu nehmen.«

## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

## Aus den Sektionen.

Stuttgart. In der Nummer 54 des »Photograph« führt sich der Vorsitzende des Württemberg-Photographenbundes, Herr Fischer, berufen, den Erfolg der Stuttgarter Tarifbewegung in Frage zu stellen. Er bemerkt, von den 21 Firmen, die die Forderungen der Gehilfen bewilligten, gehörten nur 9 dem Bunde an. Daß unter den 21 Firmen auch eine Anzahl größere sind, weiß sicher Herr Fischer nicht. Auch betont Herr Fischer, die Firmen hätten dem Druck des Boykotts nachgegeben. Dies Bekenntnis zeigt unsern Kollegen, daß wir mit Hilfe der anderen Arbeiterschaft auch bessere Verhältnisse gegen die Prinzipalsorganisation erlangen können und daß die Prinzipale ganz gern die Arbeiterkundschaft mitnehmen, ohne aber deren grundsätzliche Forderungen erfüllen zu wollen.

